

Moser, Karsten R.

Article — Digitized Version

Regierung ohne China-Strategie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Karsten R. (1972) : Regierung ohne China-Strategie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 3, pp. 112-113

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134369>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

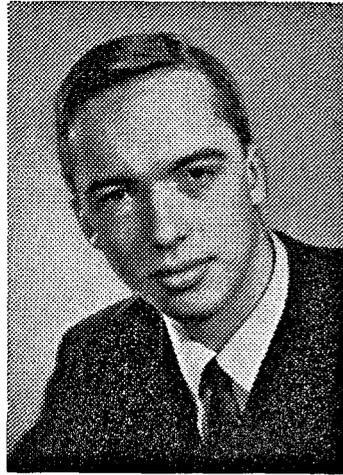
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Regierung ohne China-Strategie

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten in China ist von politischen Beobachtern mit Superlativen wie „historisches Ereignis ersten Ranges“ und „Gipfel des Jahrhunderts“ belegt worden. Und in der Tat haben Nixon und Mao die Welt verändert. Was schon im Oktober 1971 mit der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen deutlich wurde, bestätigte sich durch das Gipfeltreffen: Peking ist bereit, nach Jahrzehnten selbstgewählter Isolierung, eine aktive Rolle in der Weltpolitik als gleichberechtigter Partner Washingtons und Moskaus zu übernehmen. Weiterhin zeigte die Reise Nixons, daß die Amerikaner gewillt sind, die größte Nation der Erde als Weltmacht anzuerkennen und mit ihr einen Modus vivendi zu finden. Die eine Woche konnte noch keinen Ausgleich der politischen Gegensätze zwischen der Volksrepublik und den USA bringen. Aber im Abschlußkommuniqué gab es doch Anzeichen dafür, daß die politische Normalisierung eingeleitet worden ist.

Ob die Nixon-Reise auch einen raschen wirtschaftlichen Annäherungsprozeß einleiten wird, ist weniger wahrscheinlich. Zwar haben die Amerikaner den Chinesen vor der Reise als Zeichen ihres guten Willens den gleichen Handelsstatus wie der Sowjetunion eingeräumt und damit das China-Embargo beendet. Die Verhandlungen in Peking selbst haben aber keine spektakulären Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet gebracht. Im Abschlußkommuniqué wurde lediglich darauf hingewiesen, daß beide Seiten übereinkamen, „... eine fortschreitende Entwicklung des Handels zwischen ihren Ländern zu erleichtern“. Gerüchte, nach denen die Chinesen die Amerikaner um Wirtschaftshilfe bitten würden, wurden somit ebensowenig bestätigt wie die Meldung, Nixon würde Mao günstige Aufbaukredite in Anlehnung an den Marshall-Plan anbieten.

Die Ausklammerung ökonomischer Fragen während der Verhandlungen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß China noch ein Entwicklungsland ist. Die wenigen Zahlen aber, die kurz vor der Ankunft Nixons über den Stand der ökonomischen Entwicklung veröffentlicht wurden, deuten auf große Fortschritte sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie hin. Die Getreideernte betrug 1971 246 Mill. t und reichte nach offiziellen Angaben aus, um den nationalen Bedarf zu decken.

Auch auf dem Gebiet der Erdölförderung ist China mit 20 Mill. t ein Selbstversorger. Werden diese Angaben und die Zahlen über die Stahlerzeugung – im vergangenen Jahr wurden lediglich 21 Mill. t produziert – jedoch mit den großen Industrienationen verglichen oder gar auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, so zeigt sich, daß China sich erst im Anfangsstadium der Industrialisierung befindet. Das ist auch der Grund, weshalb 60% aller Investitionen des Staates im 4. Fünfjahresplan (1971–1975) in die Industrie gehen sollen.

Die chinesische Regierung weiß, daß sie ihre ehrgeizigen Industrialisierungsziele nur mit Unterstützung des Auslandes erreichen kann. So konnte Japan vor kurzem ein Abkommen mit Peking in Höhe von 100 Mill. DM über die Lieferung von

Produktionsanlagen für synthetische Fasern und Frachter abschließen. In Gesprächen mit einer japanischen Handelsdelegation äußerte China sein zukünftiges Interesse an Industriegütern und Anlagen vor allem für die Produktion von petrochemischen Erzeugnissen, Elektromaschinen und Kraftfahrzeugen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Japan und Hongkong der drittwichtigste Handelspartner der Volksrepublik. Aber in den letzten Jahren war ein wertmäßiger Rückgang im Handelsvolumen unverkennbar. Während die Einfuhren aus China zwischen 1967 und 1971 mit 306 bzw. 300 Mill. DM nahezu konstant blieben, gingen die Ausfuhren im gleichen Zeitraum von 826 Mill. auf 482 Mill. DM zurück. An dieser Entwicklung konnte auch der Großauftrag für 30 dieselhydraulische Lokomotiven an die Firma Rheinstahl-Henschel im Wert von 80 Mill. DM nichts ändern.

Sicherlich haben hohe Preise, lange Lieferfristen, die Aufwertungen der DM und die Währungsabwertungen wichtiger Konkurrenten zu dieser negativen Entwicklung im China-Handel beigetragen. Nicht weniger entscheidend dürfte jedoch das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking gewesen sein. Das ist auch der Grund für die häufigen Forderungen der Wirtschaft nach diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen zur Volksrepublik.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist dieser Zeitpunkt noch nicht gegeben. Zwar sei man an Institutionellen Kontakten interessiert. Man wolle aber erst einmal den Ausgang der Gespräche zwischen Brüssel und Peking abwarten. Die ersten Kontakte zwischen der EWG und Brüssel wurden im letzten Jahr eingeleitet. Die Chinesen sehen in einem starken Europa politisch einen Gegenpol zu den Supermächten und wirtschaftlich einen wichtigen Partner. Während der chinesische Außenhandel vor dem Bruch mit Moskau zu 70 % mit Ostblock-Ländern abgewickelt wurde, beträgt der Anteil des Westens heute bereits 80 %. Aufgrund dieser Entwicklung würde Peking gerne eine ständige Vertretung bei der EG-Kommission in Brüssel einrichten.

Die abwartende Haltung Bonns bis zur Beendigung der Gespräche EWG-China hätte dann eine Berechtigung, wenn auch die restlichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft diese Politik verfolgen würden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Alle anderen Staaten im Europa der Zehn haben diplomatische Kontakte zur Volksrepublik China aufgenommen – mit dem Ergebnis, daß sie ihre Handelsbeziehungen danach in der Regel kräftig ausdehnen konnten. Bonns „europäische“ Haltung entspricht somit nicht den politischen Realitäten.

Auch der Hinweis der Regierung, man wolle vor der Ratifizierung der Ostverträge keine aktiven Schritte zur Neugestaltung des Verhältnisses BRD-China unternehmen, um nicht in den Verdacht zu kommen, die Karte China gegen die Sowjetunion einzusetzen, leuchtet nicht ein. Sicherlich wäre es ein Kardinalfehler der deutschen Außenpolitik, die Chinesen gegen die Russen oder umgekehrt auszuspielen zu wollen. Daraus folgt aber noch lange nicht der Schluß, man müsse erst die Ostverträge unter Dach und Fach bekommen, bevor man in der China-Politik aktiv wird. Die Devise einer erfolgreichen Außenpolitik der Regierung Brandt-Scheel kann nur heißen: Ost- und China-Politik zugleich.

Bekannterweise äußerte Peking schon vor Jahren gegenüber Bonn den Wunsch, diplomatisch anerkannt zu werden und ein Handelsabkommen auf Regierungsebene abzuschließen. Damals lehnte die Bundesregierung aus Gründen der politischen Rücksichtnahme gegenüber den Vereinigten Staaten ab. Heute sind solche Bedenken durch die China-Reise Nixons ausgeräumt worden. Die Bundesregierung wäre deshalb gut beraten, nicht länger auf ein neues Rauchsignal aus Peking zu warten, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. Wahrscheinlich genügt es, wenn Bonn dem Beispiel Japans folgt und die neue China-Formel der USA übernimmt: Anerkennung der Auffassung, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist, und Bekundung des Interesses an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst.